

ARGENBÜHL

Wegen schlechten Internet bald nicht mehr konkurrenzfähig

LESEDAUER: 5 MIN



Über den Ausbau des Breitbandanschlusses wurde bei einem Lokaltreffen in Argenbühl gesprochen. (Foto: IFP-Weber)

31. Januar 2020

SCHWÄBISCHE ZEITUNG

Drucken

Um über Breitbandausbau und die Schaffung von Wohnraum zu sprechen, haben der Landtagsabgeordnete Raimund Haser (**CDU**), Bürgermeister Roland Sauter sowie die Gemeinderäte Georg Deiss (CDU) und Andreas Loritz (CDU) das Ingenieurbüro IFP-Weber in Argenbühl-Eisenharz besucht.

In einer offenen Diskussion hat der Geschäftsführer laut Mitteilung des Unternehmens die „Nöte“ des Ingenieurbüros erklärt. Datenbearbeitung und –

austausch von komplexen Gebäudemodellen erfolgen standardmäßig über das Internet. In Echtzeit werden Konstruktionen bearbeitet und ausgetauscht, schreibt der Geschäftsführer in der Mitteilung. Dabei seien enorme Datentransfers erforderlich.

Das Büro müsse sich täglich mit sehr langsamen Internet rumschlagen, so Weber weiter. Das Unternehmen sei so nicht konkurrenzfähig: „Wir können uns es über kurz oder lang nicht mehr leisten dem Internationalen Standard hinter her zu hinken.“ Das Unternehmen benötige dringend Breitbandanschluss. Damit steht das Ingenieurbüro IFP-Weber nicht alleine da. Wie die „Schwäbische Zeitung“ kürzlich berichtete, klagten auch andere Gewerbetreibende klagten über einen Nachteil gegenüber der Konkurrenz wegen einer schlechten Internetverbindung. Weber monierte bei dem Gespräch laut Mitteilung zudem, dass in den anderen Gemeinden des „Zweckverbandes Breitbandversorgung Backbone“ deutlich mehr passiert ist als in **Argenbühl**. Auch der weitere Arbeitsplatzausbau hänge davon ab, wann ein Breitbandanschluss zur Verfügung gestellt werden kann. Wie aus der Mitteilung hervorgeht, versprochen Haser und Bürgermeister Roland Sauter das Anliegen prüfen zu lassen um alsbald eine Lösung zu finden.

Zudem sei bei dem Unternehmensbesuch die Themen Wohnraumausbau und Flächenverbrauch im ländlichen Raum angesprochen worden. Anstatt Einfamilienhäuser auszuweisen, müssten auch Mehrfamilienhäuser auf dem Land gebaut werden, heißt es in der Mitteilung. „Sonst kann der Wohnraumbedarf der nächsten Jahren in keinsten Weise gedeckt werden“, wird Haser in der Mitteilung zitiert. Ebenso müsse die Sanierung der Bestandsgebäude angegangen werden.

Dafür müssten Investoren gefunden werden, denn das Land alleine sei nicht in der Lage das alleine zu stemmen, wird Haser in der Mitteilung zitiert. Gemeinderat **Georg Deiss** habe eingebracht, dass das geltende Steuerrecht zur Abschreibung von Investitionen bei Sanierung nicht dazu beitrage private Investitionen anzukurbeln. Die „mittlere Generation ab 50“ hätte kein Interesse bei einer Abschreibungsdauer von 40-50 Jahren noch zu investieren, wird Deiss zitiert. Um dies zu ändern müssten die Steueranreize für Schaffung von Wohnraum im Bestand deutlich verbessert werden.

In diesem Zusammenhang erwähnt Andreas Loritz laut Mitteilung, dass die nach Paragraphen 13b des Baugesetzbuch ausgelaufene beschleunigte Verfahren zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen zu Wohnnutzungen, die sich an im Zusammenhang bebauter Ortsteile anschließen, nicht grade förderlich zur Wohnraumschaffung seien. Haser stellt laut Mitteilung klar, dass dieses beschleunigte Verfahren aller Wahrscheinlichkeit noch im Frühjahr 2020 wieder aufgelegt wird. Auch soll es gemäß dem Paragraphen 35 Baugesetzbuch „Bauen im Außenbereich“ Erleichterungen in Bezug auf die Schaffung von Wohnraum geben, wird Haser in der Mitteilung zitiert.

Geschäftsführer Weber, dessen Firma sich mit Sanierungen und Revitalisierungen von Bestandsgebäuden beschäftigt, wünscht laut Mitteilung von der Politik

„Fingerspitzengefühl“ bei der Auswahl der Fachplaner. Architekten könnten die komplexen Anforderungen an die Gebäudehülle bei größeren Bauvorhaben nicht mehr alleine bewältigen.



0 Kommentare

 **Schwäbische**

© Schwäbischer Verlag 2020